

Abonnements-Preis:

Hier bei der Expedition 2 R., außerhalb bei den Königl. Postämtern 2 R. 10 S. incl. Post-Ausschlag, in Köln bei dem Königl. Post-Zeitungsamt für England 3 R. 15 S., für Frankreich 4 R. 24 S., für Belgien 2 R. vierzehnjähr. In Warschau bei d. R. R. Postämtern 4 R. 33 Kop. In Rußland laut R. Posttaxe.

Insertions-Preis:
für den Raum einer Seite 2 R.
Inserate nehmen an:
in Berlin: A. Kretzmer, Breitestr. 1.
in Hamburg-Altona: Haasenstein & Vogler.
in Stettin: die Expedition.
Gelegentliche Mittheilungen werden gratis aufgenommen und auf Verlangen angemessen honorirt.

Berlin, 12. April. Se. Maj. der König haben Allergnädigst geruht: Dem General-Major z. D. von Wund, bisher Commandeur der 10. Cavallerie-Brigade, den Stern zum Rothen Adler-Orden zweiter Classe mit Eichenlaub, dem Obersten z. D. Kruse, bisher Commandant von Glatz, den Königl. Kronen-Orden zweiter Classe, dem Obersten z. D. von Schmidt, bisher Commandant von Weichselmünde und Neufahrwasser, und dem bisherigen Justitiarius bei dem Provinzial-Schul-Collegium zu Berlin, Geheimen Regierungsrath von Graese, den Rothen Adler-Orden dritter Classe mit der Schleife, dem Director des National-Museums und der Ausgrabungen von Pompeii, Senator Giuseppe Fiorelli, den Rothen Adler-Orden dritter Classe, dem Kreisgerichts-Director Heimann zu Hensdorf, dem Postmeister Roehn zu Colberg, dem Director der landwirthschaftlichen Academie zu Waldbau, Deconomierath Wagener und den evangelischen Pfarrern Stord z. Johannisberg im Kreise Neumied und Jarnack zu Lenz im Kreise Westpreignitz den Rothen Adler-Orden vierter Classe, so wie dem evangelischen Schullehrer Carl Schach zu Bachowitz im Kreise Namslau das Allgemeine Ehrenzeichen; ferner dem Hofrath und Hofstaats-Secretär Dobme den Charakter als Geheimen Hofrath und dem Hofstaats-Secretär Bupler den Charakter als Hofrath zu verleihen; so wie den Kreisgerichtsrath Hasse in Wiedenbrück zum Director des Kreisgerichts in Olpe; und den Kaufmann J. von der Heide in Singapore an Stelle des auf sein Ansuchen entlassenen bisherigen Consuls Schretter zum Consul daselbst zu ernennen.

Deutschland.

Berlin, 12. April. Der „Rbln. Ztg.“ wird von hier unter dem 11. telegraphirt: „Die Situation ist von der Oesterreichischen Note vom 7. April beherzigt, welche verlangt, daß Preußen die Entwaffnung vertoeigert, ohne daß dies in der Note gesagt ist, die Kriegsbereitschaft der Bundescorps in Frankfurt beantragen wollen. Wegen des Parlaments-Antrages scheint es sich zu bestätigen, daß das active Wahlrecht unbegrenzt, das passive dagegen wenigstens thatsächlich sehr beschränkt sein soll.“

Die „Provinzial-Correspondenz“ sagt in einem Artikel über die Verhandlungen mit Oesterreich: „Auf die letzte Note des Preussischen Gesandten hat die Oesterreichische Regierung durch ihren Vertreter in Berlin eine erneute Erklärung abgegeben, in welcher zunächst das lebhafteste Bedauern ausgesprochen wird, daß die Versicherungen der Kaiserlichen Regierung in Betreff der Oesterreichischen Rüstungen bei der Preussischen Regierung anscheinend nicht unbedingten Glauben gefunden haben. Diese Versicherungen werden jedoch dahin wiederholt, daß Oesterreich in keiner Beziehung „ungewöhnliche“ militärische Anordnungen oder Rüstungen „über Gebühr“ getroffen habe. Die Kaiserliche Regierung beruft sich dagegen (irrhümlicher Weise) darauf, daß die Preussischen Rüstungen im „Staatsanzeiger“ veröffentlicht seien, und daß Graf Bismarck die Versicherung, keinen Angriffskrieg gegen Oesterreich zu beabsichtigen, in einer mündlichen Aeußerung gegen den Oesterreichischen Gesandten angeblich abgegeben habe. Es wird schließlich der Wunsch ausgesprochen, daß die offen und ausdrücklich angeführten militärischen Maßregeln in Preußen nicht zur Ausführung gelangen mögen, indem Oesterreich dieser Ausführung gegenüber nicht gleichgültig bleiben könnte.“ — Dieser Depesche, fährt die „Prov.-Corr.“ fort, habe man fälschlich den Charakter einer Sommation zugeschrieben; ihr Inhalt und Ton besitzen denselben nicht. Die Berufung auf eine mündliche Aeußerung des Grafen Bismarck habe sich als auf einem Mißverständnis beruhend, als grundlos erwiesen; von der Nichtausführung der in Preußen ergangenen Befehle könne nicht wohl die Rede sein, so lange nicht Preußen völlige Gewißheit darüber habe, daß die militärischen Verhältnisse in Böhmen vollständig dem Friedenszustande entsprechen. Die Preussische Regierung war es der Provinz Schlesien unbedingt schuldig, keine Ungewißheit und Beforgnis darüber aufkommen zu lassen, daß sie, falls jene Rüstungen auf Oesterreichischer Seite einen bedrohlichen Charakter annähmen, Willens und im Stande sei, den davon betroffenen Landestheilen den nöthigen Schutz zu gewähren. Nur diese Bedeutung hätten die Preussischen militärischen Maßnahmen vom 27. und 29. März; es würde doch Niemand behaupten wollen, daß die Completierung der Infanterie-Bataillone jener Landestheile auf die Friedensstärke von 686 Mann eine Rüstung zu einem Angriffskriege sei. — Wie die „Prov.-Corr.“ weiter sagt, ist mit dem Schriftwechsel zwischen Preußen und Oesterreich vom 26. Januar und 7. Februar der Meinungsaustrausch über die Schleswig-Holsteinische Sache vorläufig geschlossen worden. „Wenn die Preussische Regierung, fährt sie fort, inzwischen neben der Schleswig-Holsteinischen Angelegenheit die Deutsche Frage in ihrer ganzen Ausdehnung und Bedeutung wieder angeregt und aufgenommen hat, so wäre es doch nur ein Irrthum, zu glauben, daß die Preussische Politik bei dieser Wendung die Schleswig-Holsteinische Frage in ihrer unmittelbaren Bedeutung geringer anschlage und deren Lösung nach den Anforderungen Preussischer und Deutscher Interessen etwa minder bestimmt und fest im Auge behalte; eine nahe Zukunft wird einen solchen Irrthum, wo er bestehen sollte, bald schwinden lassen.“ — In Betreff der Arretirung des Grafen Waldsee in Prag macht die „Prov.-Corr.“ ähnliche Bemerkungen, wie schon früher die „Nordd. Allg. Ztg.“ Sie knüpft daran den Schlußsatz, daß die Preussische Regierung ähnliche Schritte gegenüber Oesterreichischen Offizieren, resp. der Oesterreichischen Regierung naheliegenden Personen „verschmähe“.

Die „Prov.-Corr.“ theilt ferner die Begründung des Antrages Preußens auf Bundesreform in den wesentlichsten Punkten mit und knüpft daran folgende Bemerkungen: „Unsere Regierung hat mit ihrem Antrage auf Bundesreform ein Werk von höchster Bedeutung in die Hand genommen. Der Charakter der jetzigen Regierung führt dazu, daß sie es in dem vollen Bewußtsein der damit übernommenen Verantwortung und mit dem Willen entscheidender kräftiger Durchföhrung begonnen hat. Sie rechnet dabei auf die volle Hingebung des Preussischen Volkes an seinen großen nationalen Beruf, sowie auf den Ernst nationaler Begeisterung in ganz Deutschland. Die Deutschen Regierungen werden sich nicht verhehlen können, welche Verantwortung in Bezug auf das Gelingen der wichtigen Aufgaben zunächst auf ihnen ruht, und wie sie sich den Pflichten für dieselbe nicht ohne schwere Folgen entziehen könnten. Es ist begründete Aussicht vorhanden, daß mehrere der bedeutendsten Deutschen Regierungen bereit sind. Preußen auf dem betretenen Wege mit Entschiedenheit zu folgen. Die ernst patriotischen Männer im Deutschen Volke aber mögen alle Bedenken und allen Hader des Parteiwesens in hochherzigen Entschlossenheit bei Seite sehen und mit lebendiger Zuversicht die Gelegenheiten ergreifen, um im Verein mit der Preussischen und mit gleichgesinnten

Regierungen das alte Sehnen des Deutschen Volkes nach kräftiger Einigung erfüllen zu helfen. Das walte Gott.“

Die Weimariſche Zeitung“ ist der Ansicht, daß der Preussische Antrag auf Bundesreform, wenn auch nur als diplomatisches Auskunftsmittel betrachtet, jedenfalls Zeit gewinnen lassen werde, da man doch wohl voraussetzen dürfe, daß Oesterreich den Werth wenigstens eines Versuchs, auf diesem Wege zur Verständigung zu gelangen, nicht verkennen werde. — Anders faßt die Wiener Correspondenz der „Nordd. Allg. Ztg.“ die Wirkung des Preussischen Antrages auf das Wiener Cabinet auf. Dieses verhehle sich nicht, daß jede Reform des Bundes auf volksthümlicher Basis Oesterreich aus dem Deutschen Bundesstaate hinausdrängen würde, und vor Allem würde schon der von Preußen vorgeschlagene Wahlmodus der entscheidendsten Zurückweisung begegnen: „Ein großer Theil der Bevölkerung in den sogenannten Deutsch-Oesterreichischen Erbländern wird für die Reformprojecte des Grafen Bismarck der getreueste Allirte sein, indem er dazu beitragen wird, die eigentliche Ziffer der Deutschen in Oesterreich in helles Licht zu setzen. Sollte es wirklich zu directen Wahlen für ein Deutsches Parlament in Frankfurt kommen, so wird es keinem Czechen in Böhmen, keinem Slovener in Südböhemermark und Krain, keinem Italiener in Triest oder Südtirol einfallen, an die Wahlurne zu treten, und die Welt wird sich überzeugen können, wie weit es eigentlich mit dem Deutschen Element in Oesterreich her ist.“ So würde man, um dem Eingehen auf diese ganze Angelegenheit auszuweichen, sich in Wien nur um so stärker benommen finden, die Dinge Preußen gegenüber auf die Spitze zu treiben.

In der Motivirung des Preussischen Antrages auf Reform der Bundes-Versaffung ist die Rede von einer „hervorragenden“ Deutschen Regierung, die in neuerlichen Mittheilungen nach Berlin und Wien ihre Bereitwilligkeit ausgedrückt habe, „auf Verhandlungen über eine Umgestaltung der Bundes-Verhältnisse einzugehen.“ Wie bereits telegraphisch gemeldet ist, veröffentlicht die „Bair. Ztg.“ die Rundgebung der Bayerischen Regierung. Sie sagt in einer Mittheilung, welche die Ueberschrift „Ein Schritt zum Frieden“ trägt: „Nachdem in der Circular-Depesche der Königlich Preussischen Regierung vom 24. v. Mts. die Gefahr eines Krieges zwischen Oesterreich und Preußen officiell ausgedrückt worden, hielt es die Königlich Bayerische Regierung für ihren Beruf, ohne Säumen einen Versuch zur Abwendung dieses Unheils und zur Anbahnung von Verhandlungen zu machen. Sie hat deshalb, nachdem die am 27. v. Mts. auf Grund jener Circular-Depesche gestellte mündliche Anfrage am 29. v. Mts. mündlich beantwortet war, am 31. v. Mts. an die Königl. Gesandten zu Wien und Berlin folgende Weisung erlassen: „Hochgeborner Graf! Die Differenzen, welche zwischen den Regierungen von Oesterreich und Preußen über den Vollzug der Convention von Gastein eingetreten sind, waren der Königl. Regierung bisher nur in vertraulicher Weise bekannt geworden, und diese hat daher auch nur in gleicher Weise gesucht, von ihrem Standpunkte aus auf deren Ausgleichung hinzuwirken, um so mehr, als sie nicht annehmen zu dürfen glaubte, daß den kriegerischen Agitationen der Presse irgend eine reelle Grundlage gegeben sei. Durch die Circular-Depesche des Königlich Preussischen Herrn Ministerpräsidenten vom 24. d. M. und die auf Grund derselben von dem Königlich Preussischen Herrn Gesandten zwar nur mündlich, aber amtlich an mich gerichtete Frage, über deren Stellung und Beantwortung ich Em. zc. bereits Mittheilung gemacht habe, ist es nun aber officiell zur Kenntniß der Königl. Regierung gekommen, daß zwischen den beiden ersten Bundesmächten Differenzen der ernstesten Art bestehen, daß zur Zeit keine Verhandlungen zur Ausgleichung derselben geführt werden, und daß die Austragung derselben durch Waffengewalt als eine nicht fern liegende Möglichkeit in das Auge gefaßt wird. Bei dieser Sachlage erachtet sich die Königl. Regierung ebenso berechtigt, als durch ihre Stellung im Bunde verpflichtet, aus ihrer bisherigen Zurückhaltung herauszutreten, und zur Erhaltung des Friedens im Bunde und zur Wahrung der schwer bedrohten Interessen Deutschlands sich mit voller Offenheit an die beiden ersten Bundesglieder zu wenden. Es bedarf wohl keiner weitläufigen Ausführung darüber, daß das Bundesrecht jeden Krieg zwischen Bundesgliedern schlechthin verbietet. Die Bestimmungen des Artikels 9 der Bundes-Acte sind in dieser Hinsicht zu klar, um einen Zweifel zuzulassen, und schließen eben so wie die Natur und der Zweck des Bundes die Möglichkeit aus, daß für Oesterreich und Preußen etwa um ihrer Stellung als europäische Mächte willen eine Ausnahme hiervon zulässig wäre. Der Artikel 11 der Bundes-Acte und Artikel 19 der Wiener Schluß-Acte zeichnen auch den Weg vor, auf welchem alle irgend denkbaren Differenzen zwischen Bundesgliedern ausgeglichen und Abhülften zwischen denselben verhütet werden sollen. Es wird nicht bestritten werden können, daß ein Bundesglied, welches mit Umgehung dieses Weges zur Selbsthülfe schreiten und gegen ein anderes Bundesglied Krieg anfangen würde, als bundesbrüchig zu betrachten wäre. Nicht minder als die Grundsätze des Bundesrechtes stehen aber die heiligsten Güter der Nation und alle Lebensinteressen sämtlicher Bundesglieder einem Kriege unter diesen gebieterisch entgegen. Nachdem die durch Jahrhunderte dauernden inneren Zerwürfnisse und Kämpfe das Deutsche Reich dem Untergange geweiht und alle seine Glieder in Erniedrigung und Elend gestürzt, den Deutschen Boden zum Schlachtfelde für fremde Heere, die Deutschen Stämme zu Gegenständen fremder Herrschaft gemacht hatten, hat die begeisterte Einigung und Erhebung der Fürsten und Völker Deutschlands das fremde Joch gebrochen und Recht, Ehre und Sitte der Heimath wieder hergestellt. Als Frucht des Sieges ist der Deutsche Bund gegründet worden, und wie man auch über das Bedürfnis einer weiteren Ausbildung und Verbesserung seiner Verfassung und Einrichtungen denken mag, Niemand kann bestreiten, daß er über Deutschland einen Segen verbreitet hat, der vorher in der ganzen Deutschen Geschichte ohne Beispiel war. Fünfzig Jahre des inneren Friedens, fünfzig Jahre, in denen Niemand gewagt hat, Deutschland anzugreifen, in denen kein fremdes Heer den Deutschen Boden betrat, fünfzig Jahre der Entwicklung und Blüthe aller geistigen, sittlichen und materiellen Kräfte und Interessen, welche endlich die Wunden des dreißigjährigen und der späteren Kriege heilten und Deutschland wieder auf die Höhe hoben, von welcher eigene Schuld es gestürzt hatte — das sind die Erfolge des Deutschen Bundes, das sind die Verdienste Oesterreichs und Preußens, der beiden Grundpfeiler des Bundes, um die Deutsche Nation! Und dieser Bund sollte jetzt gebrochen, dieser stolze und edle Bau sollte zertrümmert, Deutschland sollte wieder dem alten Elende Preis gegeben werden? Wieder sollten die Deutschen Stämme in brüderlichem Kampfe verbluten, um abermals unheilbar die Beute des Auslandes zu werden? Oder zweifelt man etwa daran, daß dies die unabwendbare Folge eines solchen Krieges sein würde, daß Sieger und Besiegte gleichmäßig sich den Frieden und seine Bedingungen von fremden Mächten vorschreiben lassen, und daß diesen allein die Früchte davon zufallen würden? Wahrlich, wer die Schuld an solchem Kriege trägt, den würde sehr bald das eigene Gewissen richten, ehe noch die Geschichte ihr unbestechliches Urtheil über ihn spräche. Wenn nun aber gleichwohl die Möglichkeit eines Krieges zwischen Oesterreich und Preußen so ernstlich ins Auge

gefaßt wird, als es in der Preussischen Circular-Depesche vom 24. v. Mts. geschehen ist, so ist man berechtigt, zu fragen, welcher Grund und Zweck den obigen Gründen des Rechtes und der heiligsten Interessen gegenüber in die Waagschale gelegt werden kann, und ob sich keine Wege der Verständigung mehr darbieten. In den Differenzen über die Ausführung der Convention von Gastein kann jener Grund unmöglich liegen. Diese Convention sollte ja nur einen vorübergehenden Zustand herbeiführen und um einiger Irrungen in der provisorischen Verwaltung Hofsteins willen den Deutschen Bund zu sprengen und Deutschland in einen Bürgerkrieg zu stürzen, — dazu wird sich wohl Niemand entschließen oder bekennen, wäre er auch noch so sehr gewillt, seine besonderen Wünsche und Interessen über alle anderen Rücksichten zu stellen. Diese Differenzen müssen sich in der That durch Verhandlungen zwischen den beiden Contractanten von Gastein lösen lassen, oder durch Herstellung einer definitiven Ordnung ihre Bedeutung verlieren. Aber auch in dieser definitiven Entscheidung über das Schicksal der Erb-herzogthümer kann der Grund und Zweck des Krieges nicht gefunden werden. Denn hierüber ist ja bis jetzt allem Anscheine nach unter den beiden im Mitbestande befindlichen Mächten noch gar nicht verhandelt worden. Solche Verhandlungen zu eröffnen und der Bundesversammlung die ihr unabweisbar zustehende Betheiligung an der Entscheidung nicht vorzuenthalten, erscheint daher als der sich von selbst darbietende Weg, wenn nicht der Krieg aus ganz anderen Beweggründen gewollt wird. Demnach kann eine eingehende Erwägung der Sachlage sich kaum der Ueberzeugung entschlagen, daß die Kriegsgefahr aus einem Mißbehagen über die ganze Gestaltung der Bundesverhältnisse und die Stellung der beiden ersten Bundesglieder zueinander und zum Bunde hervorgehe, und in der That deutet die Preussische Circular-Depesche vom 24. v. M. darauf hin. Wenn dem aber so ist, wenn die Kriegsgefahr als Ausdruck des Revisionsbedürfnisses der Bundesverfassung sich darstellt, so ist es doch in keiner Weise zu rechtfertigen, wenn zum Zwecke der Verbesserung das Mittel der Vernichtung und zwar in der verwerflichsten Weise gewählt werden soll. Sollte eine der beiden ersten Bundesmächte es wirklich für unerträglich halten, ferner Mitglied des Bundes in seiner jetzigen Gestalt zu sein, so wäre ja doch vor Allem die Frage zu stellen, ob denn nicht eine Umgestaltung des Bundes zu erreichen sei. Die Kgl. Regierung zweifelt nicht, daß alle Bundesglieder bereit sind, sofort auf Verhandlungen zu diesem Zwecke einzugehen und in dieienigen Aenderungen der Bundesverfassung zu willigen, welche den Zeitverhältnissen entsprechen. Für sich selbst erklärt sie dies hiermit auf das Bestimmteste, sei es nun, daß die Anregung hierzu sofort im Schooße der Bundesversammlung gegeben werden, oder daß vertrauliche vorbereitende Verhandlungen unter den Cabineten eingeleitet werden sollen. Aus diesen Erwägungen wendet sich die Königl. Regierung in ganz gleicher Weise an die Regierungen der beiden ersten Bundesglieder und stellt an jede derselben das Ersuchen, ihr auszusprechen, ob sie sich jedes gewaltsamen Angriffes auf andere Bundesglieder unbedingt enthalten werde, daß sie vielmehr bereit sei, sofort in Verhandlungen zur Wahrung des Friedens im Bunde einzutreten und zugleich ihren Weg und die Art der Verhandlungen zu bezeichnen, denen sie den Vorzug giebt. Ich brauche Em. zc. zc., gegenwärtigen Grafen zur Kenntniß des Herrn ad 1) Grafen v. Mensdorff, ad 2) Grafen von Bismarck zu bringen, demselben auch Abschrift davon zu übergeben. Indem ich Ihrem baldigen Berichte über den Vollzug dieses Vertrages entgegenstehe, füge ich“ zc.

Die „Bayerische Ztg.“ fügt der Mittheilung des vorstehenden Actenstückes hinzu: „Die Antworten der Cabineten von Wien und Berlin sind bereits erfolgt. Sie sind beide vom 5. d. Mts. datirt und begründen die Hoffnung, daß zur Zeit ein gewaltsamer Conflict nicht zu befürchten ist und daß beide Regierungen geneigt sind, zur Lösung der Schwierigkeiten den Weg der Unterhandlungen unter sich und mit ihren Bundesgenossen zu betreten.“

Die auf gestern Abend nach dem Saale der Tonhalle von den Abgeordneten Franz Dunder, Dr. Loewen (Salbe), Schulze-Delitzsch und v. Hennig berufene Versammlung der hiesigen Mitglieder des National-Vereins war so überaus zahlreich besucht, daß sowohl der Saal, wie dessen Galerien die Erscheinenen kaum zu fassen vermochten. Von den genannten Herren wurde, nachdem dieselben durch Acclamation zur Leitung der Versammlung erwählt waren und Herr v. Hennig mit einigen einleitenden Worten auf den Zweck der Versammlung hingewiesen hatte, die nachstehende Resolution vorgeschlagen: „Die gefährlichen Verwickelungen, welche Deutschland in einen inneren Krieg zu stürzen drohen, legen mehr als je die Unhaltbarkeit der Deutschen Bundesverfassung vor den Augen Europas bloß. Die wiederholten, aber fruchtlosen Versuche der Deutschen Regierungen für Bundesreform geben ein weiteres Zeugniß, wie dringend geboten im Interesse Deutschlands die Bestrebungen des Nationalvereins sind, und wie berechtigt das Ziel ist, dessen Erreichung er sich zur Aufgabe gestellt hat. Die Berliner Mitglieder beharren deshalb auch unter den heutigen schwierigen Verhältnissen bei ihrem Programm und sehen in den drohenden Gefahren nur eine Aufforderung zu noch größerer und energischerer Thätigkeit für die Zwecke des Vereins. Im Hinblick auf die gegenwärtigen Wirren sprechen sie wiederholt ihre Ueberzeugung aus, daß der militärische und maritime Anschluß Schleswig-Holsteins als berechtigter Anspruch Preußens festzuhalten sei, daß aber die gewaltsame Annexion der Herzogthümer über diese in dem Deutschen Verufe Preußens begründeten Ansprüche hinausgehen und Preußen mit der Verantwortlichkeit für den drohenden Krieg und die Sinnigung fremder Mächte belasten würde. In Bezug auf den gegenwärtigen Antrag Preußens auf Bundesreform erklären die Berliner Mitglieder des National-Vereins, daß eine solche nur unter einer Staatsleitung zum Ziele geführt werden kann, welche es sich zur ersten und unerlässlichen Aufgabe setzt, das verfassungsmäßige Recht des eigenen Landes unbeschränkt in volle Geltung zu setzen und den Ausbau der verfassungsmäßigen Freiheiten zu vollenden, weil nur in der Lösung der Volksthätigkeit von den Banden des inneren Conflictes, Preußen die Kraft gewinnt, seine große geschichtliche Aufgabe, die Einigung Deutschlands in Macht und Freiheit, zur eigenen Ehre und zum Wohle des gesammten Vaterlandes durchzuführen.“ Die von den Herren Franz Dunder und Schulze-Delitzsch bewirkte Begründung der Resolution wurde mit wiederholtem rauschem Beifall aufgenommen, nachdem die Resolution selbst einstimmig genehmigt ward. Hr. v. Hennig sprach dann den Wunsch aus, daß dies Wort freier Männer nicht verloren sein und zu den Centern der Staatsgeschichte hinliegen möchte. Er schloß die Versammlung mit einem dreimaligen Hoch auf das Deutsche Vaterland, worin dieselbe mit Enthusiasmus einstimmte.

Berlin, 12. April. Der „National-Zeitung“ entnehmen wir Folgendes: Wiener Blätter beschäftigen sich mit der sehr prosaischen und allerdings schwierigen Frage, wie denn Oesterreich das zu dem eventuellen Kriege gegen Preußen nöthige Geld beschaffen werde. Wer darauf speculiren wollte, daß Oesterreich

nicht zum Kriege schreiten werde, weil ihm die Finanzen dies nicht erlauben, der würde sicher falsch speculiren. Oesterreich könnte umgekehrt den Krieg als willkommenen Vorwand benutzen wollen, um den schon lange drohenden Staatsbankrott auszusprechen, und durch Reduction der Zinsenlast das Budget zu erleichtern. Vor der Hand wird in der Wiener Presse ein anderes Auskunftsmittel besprochen, welches zwar nicht den Staatsbankrott aussprechen, ihn aber zunächst vom Staate auf das Volk abwälzen und demnach die Möglichkeit, dem formellen Staatsbankrott durch eine durchgreifende Reformpolitik zu entrichten, weiter verschranken, wo nicht jede Aussicht hierauf besitzigen werde. Das Auskunftsmittel heißt: die Notendrücke. „Alle Anzeichen“, sagt die „Presse“, „deuten darauf hin, daß der durch die Bankacte vom 3. Jan. 1863 noch unverwerthet gelassene Theil des Festschatzes, nämlich die directe Emission von Ein- und Fünfgulden-Noten, welche die Bank laut jener Acte einzuziehen verpflichtet ist, Seitens des Staates ernstlich ins Auge gefaßt wird. Ueber die Modalitäten, unter welchen dies zu geschehen hätte, verläutet zur Stunde nichts Näheres, aber an der Sache selbst wird in finanziellen Kreisen kaum gezweifelt. Das vielleicht nicht ohne Absicht verbreitete Gerücht, es sei eine solche Maßregel nicht erst durch die Aussicht auf den Krieg angeregt, sondern schon ehe diese sich eröffnete in Betracht gezogen worden, beweist höchstens, daß die Bedingungen des letzten Anlehens dem Grafen Varisch die Nothwendigkeit bewiesen haben, die ferneren Geldbedürfnisse des Staates selbst im Frieden vorläufig auf andere Weise, als durch Vermehrung der consolidirten Staatsschuld zu decken. Um wie viel lebhafter muß ihm diese Nothwendigkeit erst angesichts des heutigen Coursstandes erscheinen, bei welchem die Subscribenten jenes Anlehens, noch bevor der Friede gestört ist, empfindliche Einbuße erleiden, und wohl nur die Unterhändler sich eines, allerdings in solcher Höhe ungerechtfertigten Gewinnes rühmen können?“

Freilich hat namenloses Unglück in Oesterreich die öffentliche Meinung soweit über die Verderblichkeit der Politik, die Staatsanlehen auf das Circulationsmittel zu legen, aufgeklärt, daß die „Presse“ ihre Bertheidigung dieses Auskunftsmittels mit den strengsten Reserven begleiten muß. „Es muß“, sagt sie, „Sorge getragen werden, daß die Herstellungen der Valuta dadurch in keiner Weise gefährdet werde, und dazu ist unerlässlich, daß erstens der Gesamtbetrag der Bank- und Staatsnoten den bisherigen Gesamtbetrag der Banknoten nicht übersteige; zweitens, daß die Verminderung der Banknoten im Sinne der Bankacte ungehindert ihren weiteren Fortgang nehme, damit zu Ende dieses Jahres der die Summe von zweihundert Millionen übersteigende Banknoten-Umlauf vollständig durch Edelmetall gedeckt sei, und drittens, daß für vollkommene Parität der kleinen Staatsnoten mit den größeren Banknoten Sorge getragen werde.“ „Nur eine Vermehrung der Gesamt-Circulation an papiernen Geldzeichen ohne die Möglichkeit ihrer Umwechslung vermöchte das Schicksal unserer Landeswährung neuerdings in Frage zu stellen. Gegen eine solche könnte sich die öffentliche Meinung nicht energisch genug verwahren, wenn jemals davon die Rede sein sollte.“

Diese von der „Presse“ vorgeschlagenen Einschränkungen und Modalitäten sind gute Vorsätze, mit denen, wie das Sprichwort sagt, der Weg zur Hölle gepflastert ist. Denn wenn der Rubikon einmal überschritten ist, so handelt Regierung und Bank nicht mehr frei, und der ersten Papiergeldserie folgt die zweite und dritte mit derselben logischen Nothwendigkeit, mit welcher jede solche Emission den Credit Oesterreichs mehr erwidert und die Aufbringung verzinslicher Anleihen erschwert. Das mögen sich die kriegslustigen Blätter in Wien gesagt sein lassen: daß Oesterreich Krieg führe und sich zugleich finanziell über Wasser halte, ist eine Illusion, die sie sich aus dem Kopfe schlagen mögen. Die Wiederherstellung der Valuta wird mit dem ersten Kanonenschuß ein schöner Traum.

Ein Oesterreich sehr freundlich geminnter Correspondent der „Ausw. Allg. Ztg.“ nahm schon dieser Tage Gelegenheit, von der Benutzung der Papiergeldpresse abzumachen. Er sagte:

„Es ist eine weitverbreitete Ansicht — und leider nicht bloß unter den „Professoren“ — als wenn der Krieg immer und allein die Machtfragen entscheide. Dieser Doctrin ist kaum zur Hälfte wahr und jedenfalls sehr gefährlich. Der Krieg ist mehr oder weniger ein Würfelspiel, dessen Ausgang oft ebenföhr von dem abhängt, was man Glück oder Zufall, zumal bezüglich der Art der Führung, nennt, als von der wirklichen Stärke der sich messenden Kräfte; und zwar gilt dies ganz besonders von Kabinettkriegen. Die wirkliche Entscheidung der Machtfragen wird von langer Hand, durch harte Arbeit und Übung, durch Freiheit und Ordnung, durch Geist und Thakraft vorbereitet, und höchstens legt der Krieg dann schließlich den Punkt über das i. Was anders, so bildete die Macht im Grunde nur eine militärische Angelegenheit. Das wahre Machtverhältnis der Staaten aber beruht auf ganz andern Elementen: vor allem auf dem Maße der materiellen und moralischen Kräfte der Völker, sowie auf allen jenen Verhältnissen, welche sich am kürzesten mit dem Ausdruck „Staatscredit“ zusammenfassen lassen.“

Man hätte sich um jeden Preis, zur Bekreitung der Kriegsbedürfnisse wieder zu dem bequemen und verführerischen, aber verderblichen Mittel der Notenpresse zu greifen! Es ist ein eigenes Verhängnis, wie mit periferer Wacht herbeigerufen, daß Oesterreich jedesmal wenn es die Herstellungen seiner Valuta mit den schwersten Opfern so gut wie erzielt hat, in die härteste Verjudung gerathen muß die größte wirtschaftliche Sünde zu begehen. Einmal doch muß es in der Prüfung bestehen, und das wird ihm goldene Früchte tragen. Als Ende 1855 die Oesterreichische Banknote mit Silber fast ganz gleich stand, brach der italienische Krieg aus; der optimistische finanzielle Dilettantismus und die damals noch bestehende Scheu vor dem Aufbruch der Volksgesister ließen wieder zur Notenpresse greifen; alle Opfer waren vergeblich gebracht, und nur die finanzielle Berrüttung griff immer weiter um sich. Seit daher begann eine wirtschaftliche Krise, die eben jetzt, wie man hoffen durfte, ihren Höhepunkt erreicht haben mußte. Denn alle die schlimmen Wirkungen, welche sich an die Herstellungen einer entwertheten Valuta unvermeidlich knüpfen, haben sich in den fort und fort rückgängigen Preisen und Coursen bereits geltend gemacht, und der gegenwärtige Stand der Nationalbank ist nicht weniger um 8 Mill. fl. besser und solider als er zu Ende 1858 war. Schon müht n diesem viel größere Opfer gebracht werden als damals, weil der Nachschlag im Jahre 1859 dazwischen lag und die Besorgnisse nicht schlafen ließ. Wollte die Regierung im Kriegsfall nun wieder bei der Notenpresse ihre Asylsuche, so würde der Oesterreichische Credit auf lange, auf mindestens ein Jahrzehnt, völlig ruiniert werden, und die wirtschaftlichen Folgen wären gar nicht abzusehen. Geleitet aber, Preußen und Italien führten den Krieg ohne dieses verderbliche Hülfsmittel, wie wahrscheinlich, so würden sie dessen wirtschaftliche Folgen nach dem Friedensschluß zweifellos bald vernichtet haben, und mit verdoppelter Kraft an ihrem materiellen Aufschwung, an ihrer vollen Machtentwicklung arbeiten, während Oesterreich noch in seiner wirtschaftlichen Agonie fortzurufen hätte. Dadurch könnte das wirkliche Machtverhältnis sich von neuem wesentlich verkehren.“

1859 brach der Krieg nicht „aus“, sondern Oesterreich brach über den Tessin in das Sardinische Gebiet ein. Vorbehaltlich dieser kleinen tatsächlichen Berichtigung kann man der Theorie des Correspondenten schon beipflichten, daß aber Oesterreich nach seinem am Schluß des Briefes motivirten Vorschlage von dem „Opfermuth“ seiner „Völker“ die Mittel durch freiwillige Anleihen soll beschaffen können, daß sein Credit während des Krieges soll „überraschend wachsen“ können, daß ist wieder eine Illusion, welche die praktische Probe zu scheitern alle Ursache hat. Im Ganzen kann, wer ernsthaft Oesterreichs

finanzielle Bewandlung ins Auge faßt, nur den einen Rath geben, daß es den Krieg um jeden Preis vermeide. Wenn aber finanzielle Rathschläge fruchteten, wo der fränkische Hochmuth Oesterreichs ins Spiel kommt, so hätte Oesterreich den Krieg in Italien nicht begonnen.

München, 11. April, Abends. Die Bayerische Regierung hat beschloffen die Pferde-Ausfuhr über die Zollvereins-Grenzen zu verbieten. Die bezügliche Bekanntmachung erfolgt morgen im Regierungs-Blatt. (W. T. B.)

Oesterreich.

Wienberg, 9. April. So eben trifft hier die telegraphische Benachrichtigung ein, daß die Galizische Landtags-Deputation heute Mittag vom Kaiser empfangen und über eine Stunde im Schlosse zurückgehalten wurde. Der Fürst Sapieha trug dem Kaiser nach Vorstellung der Mitglieder der Deputation den Inhalt der Petition in französischer Sprache vor, worauf Graf Agenor Goluchowski den Wortlaut derselben in Deutscher Sprache vorlas. Der Kaiser hatte die Antwort schon in Bereitschaft. Der Inhalt derselben ging dahin, daß der Kaiser die Bitte des Landtages in sorgfältige Erwägung ziehen, und bei der Reorganisation der Staatsverwaltung berücksichtigen werde. Hierauf unterhielt sich der Kaiser aufs freundlichste mit den Mitgliedern der Deputation, dankte dem Fürsten Sapieha für die geschickte und umsichtige Leitung der Landtagsverhandlungen, und indem er sich zum Grafen Goluchowski wendete, reichte er demselben die Hand und sagte zu ihm: „Ich freue mich, Herr Graf, Sie nach sechsjähriger Abwesenheit hier wieder zu sehen. Es macht mir stets Freude, so oft ich von Ihrer parlamentarischen Wirksamkeit erfahre!“ Nachdem der Kaiser noch an andere Mitglieder der Deputation verschiedene Fragen in Bezug auf Landtags-Arbeiten oder persönliche Verhältnisse gerichtet hatte, entließ er die Deputation mit den gnädigsten Ausdrücken und beauftragte sie beim Abschied dem Landtage wegen seiner loyalen Haltung seinen Dank und seine Befriedigung auszusprechen. Fürst Sapieha und Graf Goluchowski wurden zur kaiserlichen Tafel gezogen. Der überaus gnädige Empfang der Deputation und die ihr vom Kaiser erteilte Antwort haben in der hiesigen polnischen Bevölkerung weitreichende Hoffnungen angeregt. — In den Galizisch-Polnischen Blättern wird mit großem Eifer die Kriegsfrage zwischen Preußen und Oesterreich ventilirt. Es spricht sich in ihnen ohne Unterschied der Parteilinie dieselbe Kriegsbegeisterung und derselbe Preußenhaß aus, wie in der Wiener Tagespresse. Diese kriegerische Stimmung wird auch von den gebildeteren Classen der polnischen Bevölkerung, besonders vom Adel getheilt. An dem Ausbruch des Krieges zweifelt übrigens Niemand, und in hochgradigen Kreisen wird sogar schon ernstlich das Project discutirt, beim Ausbruch des Krieges auf Kosten des Adels Frei-Corps auszurüsten und der Oesterreichischen Regierung zur Verfügung zu stellen. Die „Gazeta narodowa“ nennt den Krieg gegen Preußen den populärsten, den Oesterreich führen könne.

Frankreich.

Paris, 9. April. Duruy hat sich ein unbestreitbares Verdienst um die französische Fortbildung erworben, als er die volkstümlichen Abendvorträge durch das ganze Reich einrichtete. Wie wenig aber ein kaiserlicher Minister Herr seiner Entschlüsse ist, das zeigt die Unsicherheit, mit der die Erlaubniß, solche Vorträge zu halten, hier bewilligt, dort verweigert, oder, wenn bewilligt, oft unter den wunderlichsten Vorwänden zurückgenommen wird. Der jüngste Fall dieser Art ist die Verweigerung gegen Gueroult, einen Vortrag über den Saint-Simonismus im Jahre 1830 zu halten, weil, diese Conferenzen nicht ausschließlich literarisch und wissenschaftlich blieben, wenn Männer einer großen politischen Notorietät hinzugelassen würden. Gueroult, der Redacteur der „Opinion Nationale“ ist, weist nun nach, daß Saint-Marc Girardin Tags zuvor in Versailles eine Conferenz zum Besten der dortigen Volksbibliothek zu halten unbehindert blieb; Gueroult fragt, ob sein Colleague vom „Journal des Debats“ kein Mann von politischer Notorietät sei? Die „France“ findet auch, daß Duruy mit solchen Parteilichkeiten sich und seiner Sache den allerschlimmsten Dienst thue, entschuldigt ihn aber gewissermaßen hierbei mit dem Unfug, den die Censur überhaupt im kaiserlichen Frankreich treibe. So belegt die Censur die Tragödie von Legouvé „Les deux Reines“ mit dem Interdict, als ob der Staat zu Grunde gehen müßte, wenn ein solches Stück über die Bretter ginge. Achtundvierzig Stunden darauf aber gestattete die Verwaltung demselben eventuellen Staatsersörfer Legouvé, sein Stück vor einem ungleich zahlreicheren Publikum, als er im Theatre Francais gefunden hätte, öffentlich vorzulesen; das Stück wurde um so lebhafter applaudirt, die Anspielungen schlugen um so stärker ein, weil es sich ja um ein verbotenes Stück handelte, und wunderbar, das Kaiserthum gerieth nicht aus den Fugen. Noch mehr: vor wenigen Tagen erst ermahnt der Minister des Innern die Präfecten, das Versammlungsrecht in Zukunft als allgemeine Regel und das Verbot nur als Ausnahme zu behandeln, und gleich darauf versagt man dem Redacteur eines angesehenen Blattes, ein Publikum zu einem historischen Vortrage um sich zu versammeln! Oder ist der Saint-Simonismus in Frankreich noch immer eine so gefährliche politische Doctrin, daß das Kaiserthum Gefahr im Verzuge glaubt, wenn darüber gesprochen wird? Die Verkehrtheit tritt um so stärker zu Tage, wenn man bedenkt, daß die Hauptjünger Saint-Simon's, die Morny, Michel Chevalier, Vereire u. s. w., in Amt und Würden und im speciellsten Vertrauen der Regierung stehen, ja, daß es Bewunderer des Kaiserthums giebt, welche dasselbe und namentlich seine volkswirtschaftliche Seite eine Offenbarung des Saint-Simonismus nennen.

Der Minister des Innern stellt in einem Communiqué an die „France“ alle Angaben über Unordnungen und Veruntreuungen im naturgeschichtlichen Museum und in der kaiserlichen Bibliothek, so wie namentlich die Angabe, daß einem Gelehrten die aus einem Manuscripte ausgerissenen weißen Blätter aberlangt worden, in Abrede und fügt hinzu, daß keine Unteruchung in Betreff des Museums angeordnet, so wie daß keine Thatfache in der Bibliothek vorliege, welche die geringste Verifizierung nöthig mache.

Die unter dem Präsidium des Senators Richmond gegründete gewesene „Malagassische Compagnie“, die Madagastar zu französischen Handelszwecken auszubenten suchte, hat sich, nachdem sie die 1,200,000 Franken Entschädigung Seitens der Malagassen erhalten, wohlweislich aufgelöst und benutzt die ihr nun zugeflossenen Summen dazu, den hochbeglückten Actionären die geleisteten Einzahlungen zurückzuerstatten.

Paris, 9. April. Das „Journal des Debats“ besitzt eine kleine Schwäche für alles Diplomatische. Für auswärtige Regierungen hat dies das Angenehme, daß sie sehr leicht in diesem Blatte zu Worte kommen können, auch wenn es dadurch Gefahr läuft, von seinen Kollegen der Inconsequenz beschuldigt zu werden. So ist auch der heutige, aus Preussischer Quelle stammende Artikel des Journals nicht etwa ein Anzeichen, daß in der Auffassungsweise der „Debats“ ein Umschwung eingetreten, sondern nur ein neuer Beweis dafür, daß man in Berlin es für gut hält, die öffentliche Meinung des Auslandes zu gewinnen. Der Artikel des „Debats“ macht in so fern Aufsehen, als die meisten Abendblätter ihre Verwunderung aussprechen, ihn in den Spalten dieses Blattes zu finden; seinen eigentlichen Zweck aber erreicht

er nicht, so sehr auch die in ihm enthaltenen Angaben über die Oesterreichischen Rüstungen den Stempel der Authentizität heraufzuziehen. Auch die projectirte neue National-Versammlung in Frankfurt findet „trotz ihrer breitesten Grundlage“ bei der Presse wenig Anklang.

Amerika.

London, 11. April, Abends. „Reuter's Office“ meldet: New York, 31. März. Das Repräsentantenhaus hat den Antrag Stevens, den Baumwollen-Export zu besteuern, verworfen. Es ist Befehl zur Auflösung aller Freiwilligen-Corps in Canada ertheilt worden. (W. T. B.)

Der Schiffahrtsvertrag zwischen Frankreich und dem Zollverein.

Danzig, 9. April. In dem von den Aeltesten der Kaufmannschaft über das verlossene Jahr veröffentlichten Handelsberichte ist S. 13 hervorgehoben worden, daß die Preussischen Aeltesten durch eine Bestimmung im Art. 1 des zwischen Frankreich und dem Zollverein abgeschlossenen Schiffahrtsvertrages den Französischen Aeltesten gegenüber in Nachtheil versetzt sind, weil die beiderseitigen Schiffe in Betreff ihrer indirecten Fabriken nach den respectiven Häfen der contrahirenden Länder aus dem Vertrage rücksichtlich der in diesen Häfen zu zahlenden Abgaben nicht gleiche Vortheile genießen. Zugleich hätten sich die Aeltesten in einer speciellen Vorstellung an den Herrn Handelsminister mit der Bitte gewendet, daß derselbe die französische Staatsregierung zu bewegen suchen möge aus Rücksichten der Willigkeit auf dieses den Franz. Schiffen eingeräumte finanzielle Vorrecht zu verzichten. Die Antwort des Herrn Handelsministers hat bestanden in einer Verweisung auf die Druckfachen S. 245 ff. und S. 593 Band V. der Anlagen zu den statistischen Berichten über die Verhandlungen des Hauses der Abgeordneten vom Jahre 1862, nämlich auf die Denkschrift der Staatsregierung über den au. Handelsvertrag, Schiffahrtsvertrag u. den Bericht der vereinigten Commissionen für Handel und Gewerbe und für Finanzen und Zölle des Abgeordnetenhauses über den Schiffahrtsvertrag. Die Commission trat damals im Wesentlichen den Ausführungen der Staatsregierung bei. Die Schiffahrts-Gesetzgebung Frankreichs ist von jeher eine die eigene Flagge in allen Richtungen bezugende gewesen, während Preußen bis 1822 seine eigenen Schiffe weder durch Differenzialzölle, noch durch niedrige Hafenabgaben, noch durch Ausschließung fremder Flaggen von der Küstenschiffahrt bezugte. Auch England's Schiffahrtsgesetzgebung hatte bis zur Aufhebung der Englischen Navigationsacte einen durchaus monopolistischen Charakter. Preußen hat lange vergeblich versucht, Reciprocat zu verlangen und antwortete schließlich im Jahre 1822 durch Einführung eines extraordinären Flaggengeldes für fremde Schiffe von 2 Rth. pro Last beim Eingange und 1 Rth. pro Last beim Ausgange und durch Ausschließung der fremden Nationen von seiner Küstenschiffahrt. Später ist diesen Repräsalien noch die Veroppelung des Hafengeldes für fremde Schiffe hinzugefügt. Frankreich erhob außer einigen weniger bedeutenden Abgaben in seinen Häfen ein Lonnengeld von 4 Frs. 50 c pro Tonne von 2000 K. Tragfähigkeit und außerdem den bedeutenden Differenzialzoll (sur-taxe de navigation) von 10 bis 15 pEt., so daß alle vom Zollverein auf zollvereinsländischen Schiffen eingeführten Waaren um jene Differenz höher belastet wurden, als diejenigen, welche auf Französischen Schiffen eingeführt wurden. Durch den Abschluß des Schiffahrts-Vertrages zwischen Frankreich und dem Zollverein sind diese Abgaben von beiden Theilen in gleicher Weise ermäßigt worden, so daß die Schiffe des Zollvereins jetzt nur 1 Frs. 50 c Tonne in Französischen Häfen zu entrichten haben, außerdem hob Frankreich die Differenzialzölle auf. Die französische Regierung war dagegen nicht zu bewegen, von ihrem Princip, die der Flagge der Zollvereinsstaaten einzuräumenden Vorrechte auf den Fall der directen Fahrt zu beschränken, abzugeben, eben so wenig war eine Freiebung der Küstenschiffahrt zu erlangen. Frankreich hat in allen seit der Restauration mit Europäischen Staaten (außer Danemark) abgeschlossenen Verträgen die Begünstigungen, welche es den mit Ladung eingehenden Schiffen dieser Mächte, sei es hinsichtlich der Abgaben von Schiff, sei es hinsichtlich der Abgaben von der Ladung zugesand, auf den Fall der directen Fahrt beschränkt und in allen Verträgen das ausschließliche Recht zum Vertriebe der Küstenschiffahrt seiner Flagge vorbehalten. Sein Standpunkt ist in dieser Hinsicht noch vollständig der Schutzollnerische und es beharrt auf der Ansicht, daß die Handelsmarine als eines der wichtigsten Elemente der Macht Frankreichs nicht vor der Zeit einer gefährlichen Concurrenz preisgegeben werden dürfe. Da jenes Zugeständniß an Frankreich von diesem als Bedingung für das Zustandekommen des ganzen Vertrages aufgestellt worden war und da überdies die Schiffahrtsbewegung von den Zollvereinsstaaten nach Frankreich eine ungleich stärkere ist, als umgekehrt die von Frankreich nach den Zollvereinsstaaten, wie überhaupt die Bedeutung der Handelsmarine des Zollvereins diejenige der Französischen weitaus überwiegt, so glaubte das Abgeordnetenhaus in Uebereinstimmung mit der Staatsregierung mit Rücksicht auf die den Zollvereinsstaaten aus dem Abschluß der Verträge entspringenden Vortheile durch die Forderung der unterdinten Gleichstellung der Schiffe beider Theile den Abschluß der Verträge nicht vereiteln zu dürfen und gab den Ansprüchen Frankreichs nach.

Den Aeltesten der Kaufmannschaft sind diese Verhandlungen und die Motive zu den Bestimmungen des Art. 1 des Französischen Schiffahrtsvertrages nicht unbekannt gewesen, sie haben jedoch geglaubt im Hinblick auf die Möglichkeit, daß neuere Erfahrungen die französische Staatsregierung zu einer vorurtheilsfreieren Anschauung belehrt haben dürften, unsere Staatsregierung darauf hinweisen zu sollen, ob dieselbe nicht den Versuch erneuern möchte, von der Französischen Regierung liberalere Bedingungen für unsere Schiffe zu erwirken. Aus der Antwort des Herrn Handelsministers scheint hervorzugehen, daß die königliche Staatsregierung jeden Versuch in dieser Richtung für hoffnungslos hält. (Danz. Ztg.)

Locales und Provinzielles.

* **Stettin, 12. April.** In der heute stattgehabten 11. ordentlichen General-Versammlung der Actionäre der See- und Fluß-Vericherungsgesellschaft „Dommerania“ erstattete Herr Gramis den Geschäftsbericht pro 1865. Trotz der um ca. 13,000 R. gegen 1864 geringeren Prämien-Einnahme kommt wegen der kleinen Verluste eine Dividende von 27% zur Vertheilung. Die Gesellschaft ist im verlossenen Jahre von 77 Seelshäden (gegen 109 pro 1864) betroffen. Davon sind verschollen: keine (gegen 11 pro 1864), Totalverluste 20 (gegen 32 pro 1864); größter Verlust auf einem Schiffesboden 6713 R. Flußshäden sind (wie 1864) 20 vorgekommen; der größte Verlust auf einem Kahnboden betraf sich auf 1600 R. Nach erteilter Decharge wurden die Revisoren Herren Allendorf, Wilh. Piper und Ed. Lübke, sowie der aus dem Verwaltungsrath statutenmäßig ausscheidende Herr Karkusch, durch Acclamation wiedergewählt.

* **Stettin, 12. April.** (Sitzung der Polytechnischen Gesellschaft vom 5. April.) Der Vorsitzende, Herr Dr. De Lbrück, kündigte an, daß die heutige Sitzung die letzte der ordentlichen Sitzungen dieses Frühjahres sei; es solle jedoch am nächsten Freitag noch eine außerordentliche Sitzung gehalten werden, zu welcher auch Damen, die von Mitgliedern des Vereins eingeführt werden, Zutritt haben. In dieser Sitzung wird Herr Obermaschinenmeister Kretschmer einen Vortrag über Nähmaschinen halten und große Modelle der einzelnen Maschinentheile vorzeigen, durch welche es möglich wird, auch die Construction der feineren Theile dieser Maschinen einem größern Publikum verständlich zu machen. Ferner theilte Herr Dr. De Lbrück mit, daß in der Vereinsbibliothek viele Bücher fehlen; er ersuchte deshalb die Mitglieder der Gesellschaft, welche noch Bücher aus der Bibliothek in Händen haben, dieselben möglichst bald an Herrn Dr. Schür abzuliefern.

In einer früheren Sitzung hatte eine Debatte über die häufigsten Ursachen der Dampfesexplosionen stattgefunden. Herr Kretschmer, welcher in dieser Sitzung nicht anwesend war, theilte nachträglich noch einige Erfahrungen über die Ursachen von Kesselexplosionen mit. Er führte an, daß sehr viele Explosionen durch den mangelhaften Zustand derjenigen Apparate verschuldet werden, welche dazu dienen, die Dampfspannung und den Wasserstand im Kessel zu kontrolliren. Namentlich warnte er vor den sogenannten selbstthätigen

Sicherheitsvorrichtungen, welche häufig ihren Dienst versagen, während der Heizer oder Maschinenwärter durch das Vertrauen auf diese Vorrichtung zu einer weniger sorgfältigen Beaufsichtigung des Kessels verleitet wird. Zu diesen selbstthätigen Sicherheitsvorrichtungen gehören die Propfen aus einer leicht schmelzbaren Metalllegirung, welche schmelzen sollen, sobald der Wasserstand im Kessel unter ein bestimmtes Niveau sinkt; durch theilweise Oxydation oder andere Ursachen erleiden diese Propfen mit der Zeit Veränderungen, durch welche ihr Schmelzpunkt erhöht wird. Ferner gehören hierhin die Alarmpfeifen, welche pfeifen sollen, sobald der Wasserstand im Kessel zu niedrig ist, aber häufig, durch Schmutz verstopft, das warnende Signal zur rechten Zeit nicht geben. Es kommt auch vor, daß ein Wasserstandglas den Wasserstand im Kessel nicht richtig anzeigt. Dies geschieht dann, wenn das Rohr, durch welches der Dampfraum des Kessels mit dem Wasserstandglas in Verbindung steht, ziemlich lang und eng und der Hahn in diesem Rohr nicht ganz dicht ist. Es kann dann vorkommen, daß der Druck im Kessel merklich größer ist als im Wasserstandrohr, und letzteres muß dann den Wasserstand zu hoch angeben. Mangelhafte Speisevorrichtungen können ebenfalls Veranlassung zu Explosionen geben. Es ist z. B. vorgekommen, daß wegen der Undichtigkeit eines Ventils im Speiserohr durch den Dampfdruck fast alles Wasser aus dem Kessel getrieben wurde. Wird eine solche Undichtigkeit nicht rechtzeitig bemerkt, so kann eine starke Ueberhitzung und Explosion des Kessels die Folge sein.

In einer Frage wurde Auskunft verlangt, ob mit dem Fiedelschen Dampfkessel bereits in Deutschland Erfahrungen gemacht seien, und ob es sich empfehlen würde, die Köhren der Fiedelschen Kessel auch in einem Cornwall'schen Kessel anzubringen. Herr Kreisrichter theilte mit, daß sich die Fiedelschen Kessel bei kleineren Maschinen, z. B. Dampfspritzern, die in kurzer Zeit eine große Menge Dampf liefern müssen, gut bewährt hätten, bei größeren Maschinen habe er sie noch nicht gesehen. Den zweiten Theil der Frage mußte er verneinen, weil durch die vielen Köhren das Feuerrohr des Cornwall'schen Kessels zu sehr geschwächt würde. Auch Herr Dr. Delbrück war der Ansicht, daß die Köhren für den Cornwall'schen Kessel nicht zweckmäßig seien, weil außer dem von Herrn Kreisrichter angeführten Grunde auch der Luftzug durch die vielen Köhren zu sehr gehemmt würde.

Herr Dr. Scheibler machte einige statistische Mittheilungen über die Berg- und Hüttenprodukte Europa's. Wir erwähnen aus diesen Mittheilungen, daß Europa jährlich 2550 Millionen Centner Kohlen, 57 Millionen Centner Eisen und 95 Mill. Centner Salz produziert. An dieser Production ist Preußen theilhaft mit 338 Millionen Centner Kohlen, 10 Millionen Centner Eisen und 3 1/2 Millionen Centner Salz. Ferner theilte Herr Dr. Scheibler mit, daß von dem Mechaniker Marcus in Wien ein Apparat konstruirt worden ist, durch den angeblich die schon häufig versuchte Lösung der Aufgabe gelungen ist, atmosphärische Luft mit den Dämpfen flüssiger Kohlenwasserstoffe so zu mischen, daß dies Gemisch als Leuchtgas verwendet werden kann.

Herr Dr. Scheibler kündigte der Gesellschaft an, daß er sein Amt als Vorsitzender niederlegen müsse, weil er im Laufe des Sommers Stettin verlassen werde, und nahm Abschied von der Gesellschaft. Die Versammlung erhob sich von ihren Sitzen. Herr Dr. Delbrück hob hervor, wie viel die Gesellschaft dem Herrn Dr. Scheibler verdanke. Herr Dr. Scheibler sei als der eigentliche Stifter der Gesellschaft zu betrachten, da auf seinen Antrag der früher hier bestehende nur für einen kleinen Kreis von Fachgenossen bestimmte technische Verein sich in einen polytechnischen umgewandelt habe, und während der ganzen Dauer des Bestehens der Gesellschaft sei er mit der größten Hingebung für dieselbe thätig gewesen.

Stettin, 12. April. Der Stettiner Consum-Verein hat auch im verfloffenen Monat in erfreulicher Weise sich weiter entwickelt. Nach dem Geschäftsbericht, welcher der ordentlichen General-Versammlung am vorigen Sonnabend vom Vorstand erstattet wurde, ist die Zahl der Mitglieder auf 650 gestiegen. Sowohl das indirecte Geschäft durch Vermittelung der vom Verein angestellten Eiferanten, als auch das directe Geschäft in den eigenen Verkaufsstellen hat im Monat März im Vergleich zu den Monaten Januar und Februar bedeutend an Umfang gewonnen. In den ersten drei Monaten d. J., welche die erste Geschäftsperiode des neuen Geschäfts umfassen, wurden an Marken ausgegeben: 1) An die Vereinslieferanten: im Januar für 2150 Rg., im Februar für 2370 Rg., im März für 3549 Rg., zusammen für 8069 Rg. 2) An die eigenen Verkaufsstellen: im Januar für 430 Rg., im Februar für 483 Rg., im März für 840 Rg., zusammen für 1753 Rg. Der Markenumsatz betrug somit in den genannten drei Monaten im Ganzen 9822 Rg., die beim Einkauf der Waaren in ca. 80,000 Stück Marken an die Mitglieder ausgegeben und von letzteren gegen Cuntung an den Vorstand wieder zurückgeliefert wurden, monath bei der Gewinn-Vertheilung der auf die Einzelnen fallende Gewinn festgestellt wird. Der von den Vereinslieferanten gezahlte, in die Gewinnlaste fließende Gewinn betrug im Januar 210 Rg. 8 Sgr. 6 Pf., im Februar 239 Rg. 16 Sgr. 8 Pf., im März 343 Rg. 8 Sgr. 9 Pf., im Ganzen 793 Rg. 3 Sgr. 13 Pf., der mit Hinzurechnung des Gewinns aus dem eigenen Geschäft, jedoch nach Abzug der Geschäfts- und Einrichtungskosten, pro I. Quartal c. in der Generalversammlung des nächsten Monats zur Vertheilung gelangt. Nach den Bestimmungen des Statuts wird jedoch der Gewinn auf besonderes Verlangen nur an diejenigen Mitglieder baar ausbezahlt, deren Guthaben an Vereinsvermögen mindestens die Summe von 10 Rg. erreicht. Den übrigen Mitgliedern und denen, die mehr als 10 Rg. Guthaben besitzen, aber die Vorauszahlung des Gewinns nicht ausdrücklich verlangen, wird ihr resp. Gewinn-Antheil gutgeschrieben. In Folge dieser Einrichtung wird der Verein voraussichtlich in sehr kurzer Zeit ein ansehnliches Betriebscapital zur Verfügung bekommen, welches demselben die Mittel gewährt, sich geschäftlich immer weiter auszudehnen.

Stettin, 12. April. Schäferbeamte der Großfürstin Delene Paulowna und des Fürsten Trubetsoi Orloff, welche jüngst die renommtlichsten Stammheerden Frankreichs, Englands und Deutschlands besuch, haben aus der Schäferrei des Herrn Homeyer-Nansen bedeutende Aufäufe von Kammoollschafen gemacht. Es ist dies ein Beweis für die hohe Stufe, welche die Kammooll-Schafzucht in Pommern bereits erreicht hat.

Stralsund, 10. April. Nachdem Herr Justizrath Wagener, der bisherige Bürgerwirthschafter, auf Entlassung aus seinem Amt aus Gesundheitsrücksichten angetragen, hat die Bürgerchaft heute den Rechtsanwalt Ziemssen zu ihrem Wirthschafter erwählt. Die verfassungsmäßigen Bestimmungen über die Zusammensetzung und die Sitzungen der Bürgerchaft bestehen gegenwärtig gerade ein Viertel-Jahrtausend. Zufälligerweise scheint es, als wenn gerade dieses Jubeljahr das letzte werden soll, in welchem die Vertretung der Bürger nach bisherigem Modus noch beibehalten wird. Denn nach dem auch in Greifswald dieselben Veränderungen bereits eingeleitet sind, welche man hier anstrebt, ist es kaum glaublich, daß wir der Verbesserungen noch lange entbehren werden. Die Vorschläge welche namentlich in der von einer allgemeinen Bürgerversammlung angenommenen Petition an den Rath enthalten sind, lauten auf: freie Wahl der Vertreter ohne Vorschlag bestimmter, von der bisherigen Bürgerchaft zur Wahl gestellter Persönlichkeiten, Ausscheiden eines Theiles der Vertreter nach sechs oder acht Jahren, und Dessenlichkeit der Sitzungen. Man kann sich wohl schwerlich der Ansicht verschließen, daß diese Wünsche durchaus billig sind. Auch ist der Rath bereits eingehend mit der Angelegenheit beschäftigt. Es wird sich hauptsächlich nur darum handeln, einige Freiheiten, welche die Neworpmoerischen Städte gegenüber der Städte-Ordnung sich bewahrt hatten, auch fernerhin zu conserviren. Wir erinnern hier nur daran, daß es hier in Stralsund nicht erst der Bestätigung eines Rathsmitgliedes von Seiten der Königl. Regierung bedarf, weber eines Juristen, noch eines Kaufmanns, und daß ferner die städtischen Behörden große und kleine Grundstücke nach Belieben kaufen und verkaufen können, ohne die Zustimmung der Königl. Regierung einzuholen. Wir sollten meinen, die letzten Jahre hätten den großen Werth des zuerst bezeichneten Vorredits besonders deutlich gemacht. Das gehörige Bekanntwerden des Necessen, welchen die Stadt Greifswald mit der Königl. Regierung abgeschlossen hat, wird übrigens durch den Umstand ersichert, daß munderbarer Weise jener Neces nicht im Buchhandel zu haben ist, und daß hier deshalb nur einzelne Exemplare von Hand zu Hand wandern.

Stralsund, 12. April. In der „Beilage zum Anzeiger für Kunde der Deutschen Vorzeit“ (dem Organ des Germanischen Museums zu Nürnberg) 1866, Nr. 3, S. 117 befindet sich folgende Mittheilung:

Die treffliche Sammlung norddeutscher und insbesondere in Pommern gefundener Alterthümer in Stein und Bronze, welche der im vergangenen Herbst zu Greifswald verstorbene Dr. Friedrich v. Hagenow während eines Zeitraum von mehr denn 40 Jahren mit Eifer und Glüd zusammengebracht hat, ist in ihrer Gelammtheit dem Vaterlande und Deutscher Wissenschaft erhalten worden. Es hat nämlich das junge Provinzialmuseum zu Stralsund diese Sammlung um den Preis von e. 1600 Thalern angekauft, im Vertrauen, durch Freunde heimischer Alterthumsfunde den in drei Raten abzuführenden Kaufpreis sich geboten zu sehen. Die gehoffte Hilfe wird dem anerkanntesten und mit Freunden zu begrüßenden Unternehmen auch sicher nicht ausbleiben. Schon sind von Privatnen Beiträge von 100, 30, 10 Rg. u. s. w. geleistet worden. Der literarisch-pöpelliche Verein zu Stralsund (auch an der Förderung des Germanischen Nationalmuseums zu Nürnberg in sehr löblicher Weise theilhaft) hat die Summe von 100 Thln. bewilligt, und weitere und noch größere Beiträge stehen von den Landständen und von der Stadt Stralsund zu hoffen, die dem jungen, durch Erwerbung der Hagenow'schen Sammlung so schnell zu Bedeutung gelangten Provinzialmuseums im oberen Stockwerke ihres städtischen Rathhauses ein mit großer Liberalität ausgestattetes Mgl geboten hat.

Mannigfaltiges.
Lugemburg, 7. April. In der benachbarten Stadt Diekirch ist eine überaus heftige Cholera-Epidemie ausgebrochen. Das hiesige „Wort“ bringt darüber einen Bericht, indem es sagt, es sei besser, daß die Wahrheit bekannt sei, als daß Gerüchte das Land aufschreckten. Die Cholera trat besonders bemerklch zuerst am Gründonnerstag auf. Ungeachtet der sehr gelichteten Bevölkerung ist die Zahl der Todesfälle bedeutend; am letzten Dienstag wurden 18, am Mittwoch 37, am Donnerstag 36 Personen (von circa 2600 Einwohnern) beerdigt. Auch die Leichenräuber wurden weggerafft, und da sich keine bezahlten Personen für das Beerdigen der Leichen finden ließen, so betraf der Chef der Pompier diese Gesellschaft. Letztere beschloß, das Auswerfen der Gräber und Beerdigen der Leichen vorzunehmen, und so sah man selbst die ersten Bürger der Stadt bei diesem traurigen Geschäfte thätig. Auch bei der Visitation der Wohnungen und Unterstützung der Kranken in den Häusern der Armen haben die Schöffen der Stadt ein höchst nützliches, lobenswerthes Benehmen gezeigt. Die drei Aerzte wurden von eigenem Mißgeschick betroffen und mußte man fremde Aerzte requiriren. In den Straßen in der Stadt lodern auf öffentliche Kosten Feuer, in welche Wachholberbeeren zur Reinigung der Luft geworfen werden. Alle Läden sind geschlossen. Niemand arbeitet. Barmherzige Brüder, barmherzige Schwestern und fremde Hülfesbrüder sind zur Pflege der Kranken und zur Spendung der Sacramente gekommen. Der hochwürdige Bischof von Luxemburg ist angelangt und hat die Cholerafranken besucht. Die Schulen sind aufgelöst. Die momentan hülflosen Waisen hat man in Schulafulen untergebracht. Am Freitag war eine Besserung des Gesundheitszustandes eingetreten.

Telegramme der Ostsee-Zeitung.
 (Von Wolffs telegraphischem Bureau.)
Potsdam, 12. April. Das kronprinzliche Paar traf in vergangener Nacht 1 Uhr aus Berlin hier ein. Die Frau Kronprinzessin wurde heute Morgen 6 Uhr von einer Prinzessin entbunden.

Handelsberichte und Correspondenzen.
 Telegramm der Ostsee-Zeitung.

Wien, 11. April. (Schluß-Course.) Die Börse war flau; am Schluß Deckungsfäufe. 50/100 Metalliques 53, 25. 1854er Loose 74, 00. Bankactien 710, 00. Nordbahn 145, 50. National-Anleihe 61, 80. Credit-Actien 134, 50. Staats-Eisenbahn-Actien - Certificate 159, 00. Galizier 151, 25. London 106, 20. Hamburg 79, 20. Paris 42, 20. Böhmische Westbahn 132, 75. Credit-Loose 109, 00. 1866er Loose 76, 20. Lombard. Eisenbahn 160, 00. 1864er Loose 68, 40.

Paris, 11. April, Nachmittags 3 Uhr. An der Börse herrschte große Aufregung und die Beunruhigung dauerte noch an. Die 3/10, welche zu 67, 35 eröffnete, wick auf 67, 22 1/2, hob sich später auf 67, 45 und schloß zur Notiz. — Schluß-Course: 3/10 Rente 67, 42 1/2. Italienische 5 1/2 Rente 36, 30. 30/10 Spanien 37 3/8. Oesterreichische Staats-Eisenbahn-Actien 378, 75. Credit-Mobilier-Actien 598, 75. Lombardische Eisenbahn-Actien 388, 75. Oesterreichische Anleihe von 1865 311, 25 pro compt., 310, 50 auf Termin.
Paris, 11. April, Nachmittags 3 Uhr 30 Minuten. Rüböl April Frs. 113, 50, Mai-Juni Frs. 111, 00, Juli-August Frs. 103, 00, September-December Frs. 101, 00. — Mehl April Frs. 49, 75, Juli-Aug. Frs. 52, 75. — Spiritus Mai-August 49, 50, Sept.-Dec. Frs. 51, 50.
London, 11. April, Nachmittags 4 Uhr. Consols 86 1/2. 10/100 Spanien 36 1/2. Mexikaner 20 1/2. 5/10 Ruffen 88. Neue Ruffen 89 1/2. Silber 61 1/8. Türkische Anleihe von 1865 34 1/2. 60/100 Ver. Staaten 1882 71 3/4.

Liverpool, 11. April, Mittags. Baumwolle: 6000 Ballen Umsatz. Orleans 17, Georgia 16 1/2, fair Dhollerah 14 1/2, middling fair Dhollerah 13, middling Dhollerah 12 1/2, Benga 10 3/4, Comra 14, Negatische 21 1/2, Pernam 18 3/4.
Glasgow, 11. April. (per Tel.) Rohetien. Der heutige Preis für gem. Arn. Warrants ist 77s 7d.
Newport, 31. März, Morgens. (per „Germania“) Wechsel-Cours auf London 135 1/2. Goldagio 27 1/8. Bonds 104 1/4. Baumwolle (middling Upland) 41.

Angekommene und abgegangene Schiffe.

April Colbergermünde	von April Warnemünde	nach
5. Cito, Nagel	Stralsund	10. Neptun, Niejahr
	nach April Wismar	London
Johanne Louise, Beese	Rügenwalde	segelfertig
Minna, Topp	Anclam	9. Heinrich Theodor, Voss
Robert, Brush	do.	oder Winlau
Johanne, Markarth	Swinemünde	März Bergen
Julie, Dauss	Stettin	23. Ellen, Pedersen
Mahlilde, Ottenstein	do.	Heinrich, Reyer
Julius, Lampmann	do.	Emmanuel, Larsen
Klein-Divenow, Zadach	Divenow	Ema Marie, Goldmann
April Danzig	von	Hermann, Sörensen
H. Grenette, Verlat	Leer	nach
Charlotte Caroline, Bugdahl	19. Johanne Cathrine, Erland	Preussen
	Swinemünde	do.
Flora, Matthiessen	nach	do.
Irwel (SD), Forth	Arnis	Rasimine Kristine, Möller
Forget me not, Claassen	Hull	Hermia, Emmelkamp
Britannia, Brandt	London	April Kopenhagen
4 Schiffe in Sicht.	Dublin	passirt
April Pillau	nach	7. Amalina, Juchter
10. Germina, Poetis	Stolpmünde	nach Lowestoft
2 Schiffe in Sicht.		do.
April Wolgast	von	nach Hull
H. Maria, Toaspers	Hamburg	April Heiligenhafen
Genius, Garms	nach Stettin	7. Henriette, Trent
	do.	Wismar
	do.	nach
	do.	5. Henriette, Trent
	do.	Sophie, Johannsen
	do.	d. Ostsee

April Kiel	von 6. Gilde, Stantsby	Swinemünde
9. Hlohnung, Gager	Stettin	April Portsmouth
	nach 9. Milly, Knuth	Bahia &c.
Maria, Krull	Stettin	nach Bremerhaven
Margaretha Christine, Schütt	do.	April Southampton
10. Anton, Kreuzfeldt	Danzig	9. Helene, Lafrenz
April Cuxhaven	in See gegangen nach	April Sauderland
	10. Schultze-Delitsch, Prehn	9. Maria Louise, Grimm
	Tientsin	Alfred, Tesnow
April Varel	von	nach
9. Ernst Julius, Wothke	Heppens	Jacobus Antonie, Mellema
April Texel	nach	April Wisbeach
9. Urania (SD), Vermeulen	Königsberg	7. Margaretha, Nissen
April Antwerpen	in Ladung	April Ronen
	10. Idalia, Stiemke	9. Sophie, Schmiedeberg
	Montevideo	April Gibraltar
	und Buenos Ayres	1. Wilhelm, Slivers
Laura, Blank	Newyork	nach Antwerpen clarirt
Verein, Apreck	do.	Loreley, Miedbrodt
Salamander, Kayser	do.	nach Hull clarirt
Alexandrine, Riekeles	Quebec	April Barcelona
	und Montreal	5. Amphitrite, Ogilvie
	Petersburg	6. Fomalhaut, Bülow
	nach	April Triest
Anna, Jongebloed	Danzig	clarirt
Johann, Dreier	Rostock	3. Wittow, Kräft
April Blyth	von	März Syra
10. Ida Maria, —	Danzig	26. Nummer Eins, Brocksch
April St. Davids	nach	Febr. Hongkong
9. Eva, Mathews	Danzig	26. Voltigeur, Käding
April Granton	von	April Swinemünde
7. Mariner, Robertson	Danzig	in See gegangen nach
Fiona, Mortensen	do.	11. Rachel Lotinga, Raymond
April Guernsey	von	Ueckermünde, Otto
6. Zampa, Kromann	Königsberg	beide mit Ballast
April Gravesend	von	Vineta (SD), Heydemann
10. Bertha, —	Stettin	mit Gütern
Felix, —	do.	United, Burrow
Pearl, —	Rostock	mit Ballast
April Grangemouth	von	Amanda, Müller
7. Julie, Jensen	Wolgast	mit Mauersteinen
8. Ornen, Pedersen	nach	Emilie, Steinorth
9. Isabella, Anderson	Colberg	Rapid, Reid
April Hull	von	beide mit Ballast
9. Joseph Somes (SD), Mason	Stettin	Mine, laak
	nach	mit Gütern
Margarethe, Larsen	Rostock	Heinrich, Parow
April Leith	von	Hoche, Prahm
8. Baumeister Kraetz, Wilken	Stettin	beide mit Kalksteinen
	nach	Sirene, Borgwardt
	Stettin	Mazzini, Borgwardt
	Stettin	beide mit Roggen
April Liverpool	in Ladung	Johanna Sophie, Sellin
9. Caroline, Rubarth Nickerie (Surinam)	nach	mit Feldsteinen
April London	von	Maria, Lotzow
	clarirt	mit Roggen
9. Marshland, Stephens	Königsberg	Elise Martha, Pust
Lina, Leuss	Helsingör	mit Gütern
10. Vesta, Hastensen	do.	Wilhelmine, Kräft
Nancy, Petersen	do.	mit Kalksteinen
April Middlesbro'	von	Elise, Last
9. Albion, Baade	—	mit Gütern
	nach	Emilie, Missmann
5. Santiago, Farne	Helsingör	mit altem Eisen

Wind und Wetter.

10. April Pillau OSO., O., still.	10. April Liverpool NNW., flau.
11. - Cuxhaven W., flau.	- London N., still, Regen.
10. - Aberdeen NNO., mässig.	- Plymouth NO., still.
- Cape Clear NO., do.	- Portsmouth N., leicht, Regen.
- Falmouth S., Regen.	- Shields NO., do. do.
- Leith O., mässig.	- Brest SSW., mässig. do.

Telegramme der Ostsee-Zeitung.
 In Swinemünde angekommene Schiffe.

12. April 11 U. 5 M. Vorm.	von	löscht in Swinemünde.
Emilie (SD), Preuss	Hull	3 Schiffe in Sicht.
Milo (SD), —	do.	Wind: S.
Memel-Packet (SD), Wendt	Memel	Revier 14 F.
Voltigeur, Bulwer	Sunderland	

Stettin, 12. April. Wetter leicht bewölkt. + 14° R. Bar. 28. 1. Wind SO.
 Weizen, Anfangs steigend, Schluß etwas niedriger loco pro 85 R gelber 63—68 Rg., mit Auswuchs 45—58 Rg., 83/85 R gelber Frühj. 68, 67 1/2 Rg bez., Mai-Juni 68, 67 1/8, 1/2 Rg bez., Juni-Juli 69, 68 1/2 Rg bez. u. Gd., Juli-Aug. 70, 69 1/2 Rg bez. u. Br. Roggen Anfangs höher, schließt etwas niedriger, pro 2000 U loco 46—47 Rg bez., eine Anmelbung 45 3/4 Rg bez., Frühj. 46 1/2, 46, 45 1/8, 3/4 Rg bez. u. Gd. (80 R 46 Rg bez.), Mai-Juni 47, 46 1/2 Rg bez. u. Gd., Juni-Juli 48, 47 1/2 Rg bez., Juli-Aug. 48, 47 3/4 Rg bez., Sept.-Oct. 47 Rg bez., Br. und Gd. Gerste loco pro 70 A Schlef. 33—42 1/2 Rg bez., März. 43 Rg bez., 70 A Schlef. Frühj. 43 1/2, 43 3/4 Rg bez. und Gd. Hafer loco pro 50 R 28 1/2—30 Rg bez., 47/50 R Frühj. 30 Rg bez. u. Gd., Mai-Juni 30, 30 1/4 Rg bez. u. Br. Erbsen loco Futter 48—49 1/2 Rg bez., Frühj. Futter 50 1/2 Rg bez. Rüböl sehr fest und höher, loco 16 1/2 Rg Br., April-Mai 16 1/4, 1/8, 3/8 Rg bez. und Br., 1/3 Rg Gd., Sept.-Oct. 12 1/4 Rg Gd. und Br. Spiritus etwas höher, loco ohne Faß 14 1/8, 3/8 Rg bez. (aestern 14 1/2 nicht 14 1/4 Rg bez.), mit Faß 14 1/4 Rg bez., Frühj. 14 3/8 Rg bez., 1/3 Rg Gd., Mai-Juni 14 3/8 7/2 Rg bez. u. Gd., 2/3 Rg Br., Juni-August 15 Rg Br. u. Gd., Juli-August 15 1/3 Rg Br., 1/4 Rg Gd. Angemeldet: 3 O W. Weizen, 1000 W. Roggen, 100 W. Erbsen.

Danzig, 11. April. Wetter: schön. Wind: NW. — Gestern Nachmittag wurden noch 35 Lasten 12 1/2 R hellfarbiger Weizen a 382 fl. verkauft. Heute war die Stimmung für diesen Artikel unverändert flau. Umgesetzt sind 40 Lasten 13 1/2 R ordinär 310 fl., 117/18 R bunt 322 1/2, 325 fl., 119/20 R hellfarbig 350 fl., 121, 122/23 R desgl. 367 1/2, 370 fl., 126 R hellbunt 430 fl. Alles pro 5100 A. — Roggen unverändert, 124 R 339 fl. pro 4910 A. — Erbsen gut zu lassen und nach Qualiät mit 340, 345, 357, 360 fl. pro 5400 A bezahlt. — Gerste matt, kleine 98/99 R 262 1/2 fl., 103, 106/7 R 267 fl. pro 4300 A. — Spiritus 14 3/8 Rg.
Dosen, 11. April. Roggen (pro 25 Scheffel = 1954 A) get. 25 Wip., pro Frühjahr 41 3/4 Rg Br., 2/3 Rg Gd., April (pro 25 Scheffel = 2000 A) 43 1/4 Rg Br., 1/6 Rg Gd., April-Mai 43 1/4 Rg Br., 1/6 Rg Gd., Mai-Juni 43 1/2 Rg Br., Juni-Juli 44 1/4 Rg Br., 44 Rg Gd., Juli-August 43 1/4 Rg Br., 1/2 Rg Gd. Spiritus (pro 100 Quart = 8000 U Eralles) [mit Faß] get. 63.00 Quart, pro April 13 3/8 Rg bez., Mai 13 7/8—11 1/2 Rg bez., Juni 14 1/2 Rg bez., Juli 14 1/2 Rg bez., August 14 1/2 Rg Br., 5/8 Rg Gd., September 15 Rg Gd.
Breslau, 11. April. Wetter: veränderlich. Wind: West. Therm. 8 Grad Wärme. Barom. 27" 8 1/2". Auch am heutigen Markte blieb bei fester Stimmung für alle Erzealien gute Kaufkraft vorherrschend und notiren wir daher Preise einzelner Gattungen heute höher. Weizen fand mehrseitige Kaufkraft, demzufolge sich Preise sehr befestigten, pro 84 R weißer 61—71—81 Rg., gelber 62—66—75 Rg., feinsten über Notiz geringer (ausgewachener) 50—55—60 Rg. — Roggen wurde bei guter Frage höher bezahlt, zu notiren ist pro 84 R 53—55 Rg. — Gerste zeigte sich vollkommen preishaltend, 74 R gelbe 40—43 Rg., ausgewachsene 35—39 Rg., helle 45—47 Rg., weiße 48—49 Rg., feinste über Notiz bez. — Hafer behauptete sich

